



ASSEX Karteikarten

ÖFFENTLICHES RECHT

Das Prüfungswissen in Karteikartenform
mit länderspezifischen Formalien

Hessen

Ausgangsbescheid • Widerspruchsbescheid • Urteil/
Gerichtsbescheid • Beschluss • Anwaltsklausur

VerwaltungsR AT • VerwaltungsprozessR •
GrundR • StaatshaftungsR • EuropaR

VerwaltungsR BT (POR • BauR • StraßenR • u.a.)



ASSEX Karteikarten

Öffentliches Recht

Hier geht es zur
Inhaltsübersicht

Hier geht es zu
den **Karteikarten**

Hier geht es direkt
zum **Artikel**

Klicken Sie auf die Fläche, um direkt zur Inhaltsübersicht oder zu den Leseproben zu gelangen.



Öffentliches Recht

Ausgangsbescheid

Hessen

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Ausgangsbescheids

Tenor des Ausgangsbescheids:

- allg. Aufbau
- Hauptausspruch
- Anordnung der sofortigen Vollziehung
- Androhung von Zwangsmitteln
- Kostenentscheidung

Begründung des Ausgangsbescheids



Öffentliches Recht

Widerspruchsbescheid

Hessen

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Widerspruchsbescheids

Tenor des Widerspruchsbescheids:

- allg. Aufbau
- Sachentscheidung
- Vollstreckbarkeit der Sachentscheidung
- Kostengrundentscheidung
- Kostenfestsetzungsentscheidung
- außerverfahrerechtliche Kosten

Begründung des Widerspruchsbescheids



Öffentliches Recht

Urteil/Gerichtsbescheid

Hessen

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Urteils

Tenor des Urteils:

- allg. Aufbau
- Sachausspruch (Anfechtungsklage, Verpflichtungsklage, FFK, Leistungsklage, FK, § 47 VwGO)
- Kostenentscheidung
- Vorläufige Vollstreckbarkeit

Tatbestand des Urteils

Entscheidungsgründe

Rechtsmittelbelehrung

Streitwertbeschluss

Gerichtsbescheid

Einzelrichter

Sonderfall: Übereinstimmende Erledigung

Sonderfall: Einseitige Erledigung

Sonderfall: Teilweise übereinstimmende Erledigung

Sonderfall: Prozessvergleich



Öffentliches Recht

Beschluss/vorl. Rechtsschutz

Hessen

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Beschlusses

Tenor des Beschlusses:

- allg. Aufbau
- Sachausspruch (§§ 80 V, 80a, 123 I VwGO)
- Kostenentscheidung
- Streitwertfestsetzung

Gründe

Rechtsmittelbelehrung

Beiladung/Einzelrichter/Erledigung/ Prozessvergleich



Öffentliches Recht

Anwaltsklausur

Hessen

Inhaltsübersicht

Aufgabenstellungen/Aufbau

Aufbau des RA-Gutachtens

- Handlungsvorschlag
- Zweckmäßigkeitserwägungen

Entwurf eines WS-Schreibens

Entwurf einer Klageschrift

**Entwurf eines Antrags auf vorläufigen
Rechtsschutz**

**Entwurf einer
Klageerwiderung/Antragserwiderung**

Entwurf eines Mandantenschreibens



Öffentliches Recht

Verwaltungsrecht AT

Hessen

Inhaltsübersicht

Verwaltungsakt

- Geldleistungen
- Sonderstatusverhältnis
- Aufsichtsmaßnahmen
- Mehrstufiger VA
- Allgemeinverfügung
- Bekanntgabe und Zustellung
- Nichtigkeit eines VA

Rechtmäßigkeitsprüfung eines VA

- Arten des Verwaltungshandelns
- Anhörung Beteiligter
- Heilung und Folgen von Verfahrens- und Formfehlern
- Beurteilungsspielraum
- Rechtsfolgen

Aufhebung von Verwaltungsakten

- Rücknahme von Verwaltungsakten
- Widerruf von Verwaltungsakten
- Spezialgesetze
- Anwendbarkeit des § 48 IV HVwVfG
- Aufhebung im Rechtsbehelfsverfahren

Öffentlich-rechtlicher Vertrag

Inhalts- und Nebenbestimmungen

Zusicherung

Unzuverlässigkeit

Gewerbebegriff



Öffentliches Recht

Verwaltungsprozessrecht

Hessen

Inhaltsübersicht

Zulässigkeit einer Klage vor dem VG

- Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges
- Klagearten
- Klagebefugnis
- Erfolgloses Vorverfahren
- Untätigkeitsklage
- Klagegegner
- Juristische Personen
- Klagefrist

Klagearten

- Anfechtungsklage
- Gegenstand der Anfechtungsklage
- Reformatio in peius: Begründetheit
- Beurteilung der Sach- und Rechtslage
- Verpflichtungsklage

- Leistungsklage
- Vorbeugender Rechtsschutz
- Fortsetzungsfeststellungsklage
- Feststellungsklage

Klagehäufungen, notwendige Beiladung

Haupt- und Hilfsantrag

Rechtsmittel

Prüfungsschema Zulässigkeit

Widerspruch

Vorläufiger Rechtsschutz



Öffentliches Recht

Kommunalrecht

Hessen

Inhaltsübersicht

Selbstverwaltungsgarantie

Hausrecht

Grundbegriffe

Satzungsrecht

Gemeindeorgane

**Widerstreit der Interessen
(Befangenheit)**

Vertretung der Gemeinde

**Anspruch auf Zugang zu öffentlichen
Einrichtungen**

Kommunalverfassungsstreit

Wirtschaftliche Gemeindebetätigung

Bürgerbegehren

Internes Aufsichtsrecht des BM

**Kommunalaufsichtsrecht und
gemeindliche Aufgaben**



Öffentliches Recht

Grundrechte

Hessen

Inhaltsübersicht

Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde

Begründetheit VB - Freiheits-GR

Begründetheit VB - Gleichheits-GR

Besonders examensrelevante Grundrechte

- Allgemeines Persönlichkeitsrecht:
Art. 2 I i.V.m. Art. 1 I 1 GG
- Glaubens- und Gewissensfreiheit:
Art. 4 I, II GG
- Meinungsfreiheit: Art. 5 I 1 1. Fall GG

- Kunstfreiheit: Art. 5 III 1 1. Fall GG
- Versammlungsfreiheit: Art. 8 GG
- Freizügigkeit: Art. 11 GG
- Berufsfreiheit: Art. 12 GG
- Unverletzlichkeit der Wohnung:
Art. 13 GG



Öffentliches Recht

Polizeirecht

Hessen

Inhaltsübersicht

Maßnahme der Polizei- oder Gefahrenabwehrbehörden

- Subsidiaritätsgrundsatz
- Störereigenschaft von Hoheitsträgern
- Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit
- Öffentliche Ordnung
- Gefahrbegriffe
- Verstoß gegen StGB oder OWiG
- Störerbegriffe
- Inanspruchnahme von Nichtverantwortlichen (sog. Nichtstörer)
- Rechtsnachfolge in Ordnungspflichten
- Probleme auf der Rechtsfolgenseite

Standardmaßnahmen

Gefahrenabwehrverordnung

Verwaltungsvollstreckungsverfahren

- Verwaltungsvollstreckungsarten
- Besonderheit bei „Abschleppfällen“
- Gestrecktes Verwaltungsvollstreckungsverfahren
- Unmittelbare Ausführung

Spezielle abdrängende Sonderzuweisung



Öffentliches Recht

Staatshaftungsrecht

Hessen

Inhaltsübersicht

Anspruchsgrundlagen im Staatshaftungsrecht:

- Amtshaftungsanspruch
- Folgenbeseitigungsanspruch
- Öffentlich-rechtlicher Unterlassungsanspruch
- Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch
- Schadensausgleich im Gefahrenabwehrrecht
- Enteignungsgleicher/enteignender Eingriff
- Öffentlich-rechtliche Schuldverhältnisse



Öffentliches Recht

Baurecht

Hessen

Inhaltsübersicht

Bauleitplanung

- Bauleitpläne
- Bauleitplanverfahren
- Ermittlungs- und Bewertungsfehler
- Planerhaltungsvorschriften
- Plansicherungsinstrumente

Baugenehmigungsverfahren

- Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung
- Beplanter Bereich
- Befreiung - Dispens
- Unbeplanter Innenbereich
- Außenbereich
- Abgrenzung Innenbereich - Außenbereich

- Bauvorhaben während der Planaufstellung
- Gemeindliches Einvernehmen
- Veränderungssperre, Zurückstellung
- Anspruch aus Bestandsschutz

Drittsschutz im Baurecht

Eingriffsbefugnisse der Bauaufsicht

- Schema Baueinstellung
- Schema Nutzungsverbot/Abrissverfügung
- Sonderprobleme im Rahmen des Ermessens
- Anspruch auf behördliches Einschreiten



Öffentliches Recht

Ausländerrecht

Hessen

Inhaltsübersicht

Systematik des AusländerR

Passpflicht und Aufenthaltstitel

Arten des Aufenthaltstitels

Anspruch auf Aufenthaltstitel

Beendigung des Aufenthalts

Rechtmäßigkeit einer Abschiebung

Prozessuale Besonderheiten



Öffentliches Recht

Beamtenrecht

Hessen

Inhaltsübersicht

Grundwissen zum Beamtenrecht

Rechtliche Grundlagen

Grundbegriffe des Beamtenrechts

Prozessuale Besonderheiten

Jura Intensiv



Öffentliches Recht

Straßenrecht

Hessen

Inhaltsübersicht

Systematische Einordnung des StraßenR

Arten der öffentlichen Sachen

**Abgrenzung StraßenR ↔
StraßenverkehrsR**

**Einstufung der öff. Straßen/Umstufung/
Einziehung/Straßenbaulast/Zuständigkeit**

Gemeingebrauch und Sondernutzung



Öffentliches Recht

Europarecht

Hessen

Inhaltsübersicht

Grundlagen der EU

Rechtsquellen des EU-Rechts

Organe der EU

Prüfung der Grundfreiheiten

Allg. Diskriminierungsverbot

Unionsrechtl. Staatshaftungsanspruch



Öffentliches Recht

Behörde/Rechtsträger

Hessen



Verfahrensrechtl. Teil	Ausgangsbescheid
Aufbau/Formalien (1)	



Skizziere den Grundaufbau eines Ausgangsbescheids.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Ausgangsbehörde

Az.:

Zustellvermerk

Adressat

Betreff

Bezug

Sehr geehrter Herr .../ sehr geehrter Herr Rechtsanwalt, ich erlasse gegen Sie/gegen Ihren Mandanten, Herrn ..., folgenden

BESCHIED

1. Hauptausspruch
2. Ggf. § 80 II 1 Nr. 4 VwGO
3. Ggf. Androhung von Zwangsmitteln
4. Ggf. Kostenentscheidung

Begründung:

- I.
- II.

Rechtsbehelfsbelehrung

Grußformel und Unterschrift

Skizziere den Grundaufbau eines Widerspruchsbescheids.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

WS-Behörde

Az.: ...
Ort und Datum

Adressat

Zustellvermerk

WIDERSPRUCHSBESCHEID

In dem Widerspruchsverfahren
des Herrn ..., (Adresse),

Widerspruchsführers,

- Bevollmächtigter: Rechtsanwalt, (Adresse) -
wegen

ergeht auf den Widerspruch vom gegen den Bescheid des Magistrats der Stadt ... vom ..., Az.: ..., folgende Entscheidung:

1. Sachentscheidung
2. Ggf. § 80 II 1 Nr. 4 VwGO oder § 80 IV 1 VwGO
3. Kostengrundentscheidung
4. Ggf. Kostenfestsetzungsentscheidung
5. § 80 I 1 HVwVfG oder § 80 I 3 HVwVfG
6. Ggf. § 80 II HVwVfG

Gründe:

- I.
- II.

Unterschrift

Verfahrensrechtl. Teil	Urteil
Aufbau/Formalien (1)	

Skizziere den Grundaufbau eines Urteils.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

VG ...
Az.: ...

**Im Namen des Volkes
Urteil**

In dem Verwaltungsstreitverfahren
des Herrn ..., (Adresse)

- Kläger -

bevollmächtigt: Rechtsanwalt, (Adresse)

gegen

die Stadt ..., vertreten durch den Magistrat, ... (Adresse)

- Beklagte -

beigeladen: ...
bevollmächtigt: ...
wegen

hat das VG ... - 10. Kammer - aufgrund der mündlichen Verhandlung vom ... durch
Vorsitzender Richter am VG

Richter am VG

Richter

ehrenamtlicher Richter

ehrenamtlicher Richter

für Recht erkannt:

Sachauspruch

Kostenentscheidung

Vorläufige Vollstreckbarkeit

Tatbestand
Entscheidungsgründe

Unterschriften

Verfahrensrechtl. Teil	Beschluss
Aufbau/Formalien (1)	

Skizziere den Grundaufbau eines Beschlusses.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Az.: ...

**Verwaltungsgericht ...
Beschluss**

In dem Verwaltungsstreitverfahren
des Herrn ..., (Adresse)

- Antragsteller -

bevollmächtigt: Rechtsanwalt, (Adresse)

gegen

die Stadt ..., vertreten durch den Magistrat, ... (Adresse)

- Antragsgegnerin -

beigeladen: ...

bevollmächtigt: ...

wegen

hat das VG ... - 10. Kammer - am ... durch

Vorsitzender Richter am VG

Richter am VG

Richter

beschlossen:

1. Sachausspruch
Kostenentscheidung
2. Streitwertfestsetzung

Gründe:

- I.
- II.

Unterschriften

Nein, es gelten die gleichen Regeln. Daher kann auf die Karteikarten zum Urteil verwiesen werden.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

- 1. Was sind die häufigsten Varianten einer RA-Klausur?**
- 2. Wie wird die rechtliche Prüfung in einer RA-Klausur aufgebaut?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. • **Gutachten zu bestimmten Rechtsfragen oder zu den Erfolgsaussichten eines WS/einer Klage/eines Antrags auf Gewährung vorl. Rechtsschutzes.**
 - Entwurf eines **WS-Schreibens**.
 - Entwurf einer **Klageschrift**.
 - Entwurf eines **Antrags auf Gewährung vorl. Rechtsschutzes**.
 - Entwurf einer **Klageerwiderung/Antragserwiderung**.
 - Entwurf eines **Mandantenschreibens**.

2. Auch in einer **RA-Klausur** wird die **Zulässigkeit** des Rechtsbehelfs **vor** der **Begründetheit** geprüft und nicht umgekehrt. Denn die **Begründetheitsprüfung hängt von den Feststellungen in der Zulässigkeit ab, insbes.** von der **statthaften Klageart**. Ohne Kenntnis der statthaften Klageart ist gar nicht klar, wie die Begründetheitsprüfung aufzubauen ist.

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Wo ist der Verwaltungsakt definiert?
2. Definiere die zentralen VA-Merkmale „Behörde, Regelung, Einzelfall, Außenwirkung“. Wovon grenzen diese Merkmale ab?

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Die **Legaldefinition** des VA findet sich in **§ 35 S. 1 VwVfG**.

2a) **Behörde:**

Def.: § 1 IV VwVfG. Grenzt ab vom Rechtsträger der Behörde, der **juristischen Person** des öff. Rechts. Ferner Abgrenzung zu den **Organen** der juristischen Personen des **Privatrechts**, wie z.B. dem Vorstand.

2b) **Regelung:**

Def.: Rechtsverbindliche Anordnung, die auf die **Setzung** einer **Rechtsfolge** gerichtet ist, d.h. **Auferlegung einer Pflicht, Verleihung eines Rechts oder verbindliche Feststellung der Rechtslage. Grenzt ab** vom tatsächlichen Handeln/Realakt.

2c) **Einzelfall:**

Def.: Ganz bestimmter Sachverhalt (= konkret) wird für eine ganz bestimmte Person (= individuell) geregelt. Grenzt ab vom **Gesetz (= abstrakt-generell)**.

2d) **Außenwirkung:**

Def.: Maßnahme ist final darauf **gerichtet, Rechtswirkungen bei einer Person** zu erzeugen, die **außerhalb** des handelnden **Verwaltungsträgers** steht. **Grenzt ab** vom **Rechtsreflex** und dem **Verwaltungsinternum**.



Mat.-rechtlicher Teil	Prozessrecht
Zulässigkeit einer Klage vor dem VG	

**Allg.
VwGO**

Stelle die einzelnen Punkte der Zulässigkeit einer verwaltungsgerichtlichen Klage dar.

Raum für eigene Anmerkungen

Zulässigkeit

I. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges

- 1. Justizfreie Hoheitsakte**
- 2. Aufdrängende Sonderzuweisungen**
- 3. Generalklausel des § 40 I 1 VwGO**
- 4. Abdrängende Sonderzuweisungen**

II. Statthafte Klageart: § 88 VwGO

III. Klagebefugnis: § 42 II VwGO

IV. Erfolgloses Vorverfahren: § 68ff. VwGO

V. Klagegegner: § 78 I Nr. 1 VwGO

VI. Klagefrist: § 74 VwGO

VII. Beteiligten- und Prozessfähigkeit: §§ 61, 62 VwGO

VIII. Evtl. allgemeines Rechtsschutzbedürfnis

- 1. Definiere den Begriff Selbstverwaltungsgarantie.**
- 2. Wo finden sich die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Handelns der Gemeinde im GG und in der HV?**
- 3. Nenne die unter die Selbstverwaltungsgarantie fallenden Gemeindehoheiten.**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Unter Selbstverwaltungsgarantie der Gemeinde versteht man:

Alle Angelegenheiten, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln oder einen spezifischen Bezug zu ihr haben. Dieser Bezug kann dabei historischer oder räumlicher Art sein.

2. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen für das Handeln der Gemeinde finden sich sowohl in **Art. 28 II 1 GG** als auch landesspezifisch in **Art. 137 I, III HV**.

3. Zu den Gemeindehoheiten zählen:

- a) **Die Organisationshoheit**
- b) **Die Personalhoheit**
- c) **Die Planungshoheit**
- d) **Die Finanzhoheit**
- e) **Die Satzungshoheit**
- f) **Die Kulturhoheit**
- g) **Die Gebietshoheit**
- h) **Die Daseinsvorsorge (= *Auffanghoheit*)**



Mat.-rechtlicher Teil	Grundrechte
Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde	

**Art. 93 I
Nr. 4a
GG**

Nenne die Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Verfassungsbeschwerde (VB).

Raum für eigene Anmerkungen:

Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde: Art. 93 I Nr. 4a GG, §§ 13 Nr. 8a, 90ff. BVerfGG

I. Zuständigkeit des BVerfG: Abgrenzung zum Landesverfassungsgericht

Beachte: Das Landesverfassungsgericht ist in Hessen der StGH mit Sitz in Wiesbaden.

II. Beschwerdefähigkeit/Beteiligtenfähigkeit/Grundrechtsfähigkeit

Def.: Jedermann, der Träger von Grundrechten oder grundrechtsgleichen Rechten sein kann.

III. Prozessfähigkeit/Grundrechtsmündigkeit:

Def.: Fähigkeit, Prozesshandlungen selbst oder durch einen selbst bestimmten Vertreter vorzunehmen.

Beachte: Abzustellen ist dabei auf die individuelle **Einsichtsfähigkeit** des Beschwerdeführers.

IV. Beschwerdegegenstand: Jeder Akt der öffentlichen Gewalt.

V. Beschwerdebefugnis:

1. Substantiierte Behauptung des Beschwerdeführers, durch den Akt der öffentlichen Gewalt in einem seiner Grundrechte oder grundrechtsgleichen Rechte verletzt zu sein.
2. Selbst, gegenwärtig und unmittelbar betroffen.

VI. Rechtswegerschöpfung/Subsidiarität: Beschwerdeführer muss alle prozessualen Möglichkeiten zur Beseitigung der Grundrechtsverletzung in Anspruch genommen haben. Insbesondere darf er keinen zulässigen Rechtsbehelf versäumt haben.

VII. Form und Frist: §§ 23 I 1, 92, 93 I, III BVerfGG.



Mat.-rechtlicher Teil	POR
Maßnahme Polizei-/Gefahrenabwehrbehörden (1)	

**Allg.
POR**

Stelle die Prüfung der Rechtmäßigkeit einer Maßnahme der Polizei oder Gefahrenabwehrbehörden am Beispiel der Generalklausel dar. Definiere dabei auch die Tatbestandsmerkmale.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

I. Rechtsgrundlage der Maßnahme

- Spezialermächtigung: z.B. § 14 I, II 1 HVersFG.
Standardmaßnahme: § 12ff. HSOG
Generalklausel: § 11 HSOG (Auffangnorm).

II. Formelle Rechtmäßigkeit

1. Zuständigkeit: §§ 1, 2, 81ff. HSOG

Grds. zuständig: Behörde der allg. Verw. (GVorstand/Magistrat), §§ 1 I 1, 82 II 1 HSOG.

Eilfallkompetenz: Allg. Ordnungsbehörde (BM/OB als örtliche Ordnungsbehörde), §§ 1 I 1, 2 S. 1, 85 I 1 Nr. 4, 89 II 1 HSOG.

Polizei (Polizeipräsidium), §§ 1 I 1, 2 S. 1, 94 S. 1 HSOG.

Zwischen der allg. Ordnungsbehörde und der Polizei gilt der **Grundsatz der Erstbefassung**, d.h. wer mit der Gefahr zuerst konfrontiert wird, wehrt sie auch ab.

Beachte: **Ausschließliche Zuständigkeit** der allg. Ordnungsbehörde in den Fällen des **§ 1 HSOG-DVO**. **Sonderordnungsbehörden** wehren gem. **§ 90 HSOG** zwar auch Gefahren ab, stehen aber **außerhalb des „normalen“ Behördenaufbaus** (= Ministerien, Regierungspräsidien, Kreisverwaltungen, Stadt- und Gemeindeverwaltungen). **Bsp.:** Bergämter. Sie handeln nach Spezialgesetzen, dürfen aber gem. § 3 I 3 HSOG ergänzend auf das HSOG zurückgreifen. Zum **Subsidiaritätsgrundsatz** des **§ 1 III HSOG** und zum Problem der sog. **Störereigenschaft von Hoheitsträgern**: s. die speziellen Karteikarten.

2. Verfahren/Form: §§ 28, 37 II, 39 I HVwVfG, falls ein VA vorliegt.

Fortsetzung folgt auf der nächsten KK

Welche Anspruchsgrundlagen kommen im Staatshaftungsrecht insbesondere in Betracht?

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. **Amtshaftungsanspruch:** *Art. 34 S. 1 GG i.V.m. § 839 I 1 BGB*
2. **Folgenbeseitigungsanspruch/ öff.-rechtlicher Unterlassungsanspruch/ öff.-rechtlicher Erstattungsanspruch**
3. **§ 64 HSOG:** Gefahrenabwehrrecht
4. **Enteignungsgleicher und enteignender Eingriff/Anspruch aus Aufopferung und aufopferungsgleicher Eingriff**
5. **Öffentlich-rechtliche Schuldverhältnisse** (*analoge Anwendung des BGB-Schuldrechts*)

Raum für eigene Anmerkungen:

- 1. Was sind die Bauleitpläne? Wodurch unterscheiden sie sich?**
- 2. Welche Rechtsnatur haben die Bauleitpläne? Wie können sie gerichtlich überprüft werden?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Bauleitpläne sind gem. § 1 II BauGB der **Flächennutzungsplan (F-Plan)** und der **Bebauungsplan (B-Plan)**.

Der **F-Plan** ist der **vorbereitende Bauleitplan**, er legt die **Grundzüge der gemeindlichen Planung** fest, § 5 I 1 BauGB. **Pro Gemeinde** gibt es **nur einen F-Plan**, damit die Gemeinde stets einen Gesamtüberblick über die Bebauung in ihrem Gebiet hat. Entsprechend „grob“ sind die Darstellungen im F-Plan.

Der **B-Plan** ist der **verbindliche Bauleitplan**, er **setzt** die Vorgaben des **F-Plans in konkrete Festsetzungen um** und ist **aus dem F-Plan zu entwickeln**, § 8 II 1 BauGB (sog. **Entwicklungsgebot**). **I.d.R.** gibt es pro Gemeinde **mehrere B-Pläne**.

2. Der **F-Plan** ist nach h.M. ein **Rechtsakt sui generis**, weil er als vorbereitender Bauleitplan **grds. nur nach innen wirkt**. Er kann daher **grds. auch nicht direkt angegriffen** werden. Eine Überprüfung ist **nur indirekt möglich, indem der B-Plan mit dem Argument angegriffen** wird, der **zugrunde liegende F-Plan sei fehlerhaft** und damit unwirksam.

Eine **Ausnahme** gilt für **diejenigen Darstellungen** des F-Plans, die **kraft Gesetzes Außenwirkung** haben, insbes. § 35 III 3 BauGB. Sie (aber auch nur diese Darstellungen) können unmittelbar angegriffen werden, nach **h.M. analog § 47 I Nr. 1 VwGO**, nach a.A. gem. § 47 I Nr. 2 VwGO i.V.m. § 15 HessAGVwGO.

Der **B-Plan** ist gem. § 10 BauGB eine **Satzung** und kann gem. § 47 I Nr. 1 VwGO mit der Normenkontrolle überprüft werden.

- 1. In welchen Gesetzen ist das Ausländerrecht im Wesentlichen geregelt?**
- 2. In welchem Verhältnis stehen die Gesetze zueinander?**
- 3. Wie kann das allgemeinere Gesetz grds. unterteilt werden?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Das **AusländerR** ist im AufenthG und im FreizügG/EU geregelt.
2. Das **FreizügG/EU** ist **lex specialis**, § 1 II Nr. 1 AufenthG. Es regelt Einreise und Aufenthalt von **EU-Bürgern und ihren Familienangehörigen**. Diese stehen unter einem besonderen europarechtlichen Schutz, vgl. Art. 21 AEU.
§ 11 I FreizügG/EU regelt, welche Bestimmungen des AufenthG auf EU-Bürger entsprechend anzuwenden sind.
3. Das **AufenthG** als das **allgemeinere Gesetz** lässt sich in **2 große Bereiche** unterteilen:
§§ 1-49b AufenthG befassen sich primär mit **Einreise und Aufenthalt** im Bundesgebiet.
§§ 50-70 AufenthG normieren die **Beendigung des Aufenthalts**. **Daneben** gibt es noch **Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften** in §§ 71-74, §§77-85 AufenthG.

Raum für eigene Anmerkungen:

- 1. Was ist kennzeichnend für einen Beamten? Wie unterscheidet er sich vom Richter?**
- 2. Was ist der öffentliche Dienst?**
- 3. Wie unterscheidet sich ein Beamter von einem Angestellten im öffentlichen Dienst?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Für einen Beamten sind **folgende Merkmale kennzeichnend:**

- **beschäftigt** bei einer **jur. Person des öff. Rechts**
- steht in einem **öff.-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis**
- ist **dauerhaft** mit der **Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben** betraut.

Abgrenzung zum **Richter**. Der **Richter** ist im Gegensatz zum Beamten **weisungsunabhängig**, hat **ansonsten** aber eine **beamtenähnliche Stellung**.

2. Zum **öff. Dienst** gehören **alle Personen**, die **bei einer jur. Person des öff. Rechts beschäftigt** sind.

3. Ein **Angestellter** steht im Gegensatz zum Beamten **nicht** in einem **öff.-rechtlichen Dienstverhältnis**, **sondern** hat einen **zivilrechtlichen Arbeitsvertrag** mit einer jur. Person des öff. Rechts. Er **wird** folglich auch **nicht** nach den Besoldungstabellen **besoldet**, sondern nach einem **Tarifvertrag** bezahlt.

Raum für eigene Anmerkungen:

- 1. Zu welchem übergeordneten Rechtsbereich gehört das Straßenrecht?**
- 2. Definiere die Voraussetzungen für die Eröffnung dieses Rechtsbereichs.**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Das **StraßenR** gehört zum **Recht der öffentlichen Sachen**. Das sind **Regelungen bzgl. Sachen**, die durch ihren **Gebrauch öffentlichen Zwecken** dienen.
2. **Voraussetzung** für die Eröffnung des Anwendungsbereichs des Rechts der öffentlichen Sachen ist, dass **eine öffentliche Sache vorliegt**. Das **setzt wiederum voraus**:
 - **Widmung**
 - = **Rechtsakt**, durch den eine Sache zu einer öffentlichen Sache erklärt und ihre **öffentliche Zweckbindung festgelegt** wird.
Die Widmung erfolgt **häufig per dinglichem VA** gem. **§ 35 S. 2 2. Fall HVwVfG**.
Soweit gesetzlich nicht eine ausdrückliche Widmung vorgesehen ist, kann sie auch konkludent erfolgen.
 - **Indienststellung**
 - = **tatsächliche, offizielle Nutzung** der Sache.
Die Indienststellung ist ein **Realakt**. **Solange** sie **nicht erfolgt** ist, ist eine bereits erfolgte **Widmung schwebend unwirksam**.

- 1. Worauf basiert die Europäische Union?**
- 2. Was stellt die EU nach dem Vertrag von Lissabon dar? Von was ist die EU abzugrenzen?**
- 3. Ist die EU rechtsfähig bzw. völkerrechtsfähig?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Die **Basis** der Europäischen Union stellen der **EU-Vertrag** sowie der **AEU-Vertrag** (=Vertrag über die Arbeitsweise der EU) dar.
Dabei enthält der **EU-Vertrag** die **Grundlagenbestimmungen**, der **AEU-Vertrag** demgegenüber die **Detailregelungen**.
2. Die EU ist laut **Art. 1 III 3 EUV Rechtsnachfolgerin der Europäischen Gemeinschaft (EG)**, die damit untergegangen ist. Damit stellt die EU - wie die EG früher - heute eine **supranationale Organisation mit eigener Rechtspersönlichkeit** (*BVerfG: Staatenverbund*) dar. Dies bezeichnet eine **internationale Organisation, welche unabhängig von der Willensbildung in den Mitgliedsstaaten in bestimmten Bereichen für diese verbindliche Rechtsregeln erlassen kann**.
Einen **Staat** stellt die **EU nicht** dar, da ihr die **Kompetenz-Kompetenz fehlt** (= Befugnis, sich selbst neue Zuständigkeiten zu schaffen, vgl. Art. 5 I, II EUV).
Eine **reine internationale Organisation** liegt ebenfalls **nicht** vor, da das **EU-Recht zum Teil unmittelbar innerstaatlich gilt** und Vorrang vor dem nationalen Recht haben.
3. Die **EU** besitzt laut **Art. 335 AEUV eigene Rechtspersönlichkeit**. Ferner besitzt die **EU** auch **partielle Völkerrechtsfähigkeit**, d.h. sie darf im Rahmen der ihr übertragenen Kompetenzen völkerrechtliche Abkommen schließen, **Art. 47 EUV i.V.m. Art. 218 AEUV**.



Mat.-rechtlicher Teil	Allg. LandesR
Behörde und Rechtsträger	

HGO/ HKO/ HSOG/ HBO
--

Nenne die examensrelevantesten Behörden in Hessen und ihren Rechtsträger.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Behörde

GVorstand/Magistrat

BM/OB

Kreisausschuss

Landrat

Landrat als Behörde der
Landesverwaltung

RP

Polizei

Landesminister

Rechtsträger

Gemeinde/Stadt

Gemeinde/Stadt

Landkreis

Landkreis

Land (**Organleihe**,
§ 55 II HKO)

Land

Land

Land



ASSEX Karteikarten ÖFFENTLICHES RECHT Hessen

Das Prüfungswissen in Karteikartenform

Hier geht's zum Shop!